



Zukunft hat der Mensch des Friedens – Perspektiven einer christdemokratischen Friedenspolitik für unsere Zeit

Norbert Lammert
Georg Bätzing
Irme Stetter-Karp
Friedrich Merz



Empfang der Konrad-Adenauer-Stiftung

„Zukunft hat der Mensch des Friedens –
Perspektiven einer christdemokratischen
Friedenspolitik für unsere Zeit“

anlässlich des 103. Katholikentages
in Erfurt am 29. Mai 2024

Inhaltsverzeichnis

Begrüßung

Prof. Dr. Norbert Lammert

Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung
Präsident des Deutschen Bundestages a. D. 4

Grußwort

Dr. Georg Bätzing

Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz
Bischof von Limburg 12

Grußwort

Dr. Irme Stetter-Karp

Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken (ZdK) 18

Impuls

Friedrich Merz MdB

Vorsitzender der CDU Deutschlands und
der CDU/CSU Bundestagsfraktion 24

Begrüßung

—

Prof. Dr. Norbert Lammert

Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung
Präsident des Deutschen Bundestages a. D.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Katholikentage sind Tage der Begegnung – mit Menschen, aber auch Begegnungen mit Themen, mit Herausforderungen und mit Entwicklungen, mit Fragen und, wenn es gut geht, manchmal auch mit Antworten. Aber im Mittelpunkt steht eben doch die Begegnung mit anderen Menschen, oft geplante, Wochen vorher verabredete Begegnungen, nicht selten auch zufällige, manche flüchtige, manche sehr nachhaltige Begegnungen. Und genauso versteht sich unser Empfang, dafür eine zusätzliche Plattform zu bieten, auch eine Möglichkeit der Begegnung zwischen Politik und Religion, zwischen staatlichen Ämtern und kirchlichen Ämtern. Und deswegen ist es schön, dass wir auch heute Abend wieder viele wichtige Persönlichkeiten sowohl aus der Kirche wie aus dem politischen Raum begrüßen dürfen.

Ich begrüße besonders herzlich den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Herrn Dr. Georg Bätzing, die Generalsekretärin der Deutschen Bischofskonferenz, Frau Dr. Beate Gilles, die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Frau Dr. Irme Stetter-Karp, und ihren Generalsekretär, Herrn Marc Frings, die amtierende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Frau Bischöfin Kirsten Fehrs, sowie viele aktive und ehemalige Mitglieder von Parlamenten und Regierungen aus Europa, aus dem Bund, aus den Ländern und natürlich aus der Stadt – stellvertretend für alle begrüße ich den Innenminister des Freistaats Bayern, Joachim Herrmann, und für die zahlreichen Abgeordneten

Thomas Rachel, auch in seiner Funktion als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU.

Es ist eine besondere Freude, dass wir heute Abend den Parteivorsitzenden der CDU und auch den Vorsitzenden der gemeinsamen Bundestagsfraktion von CDU und CSU bei uns haben: Lieber Friedrich Merz, herzlich willkommen! Wir freuen uns darauf, dass Du uns nachher einen eigenen Impuls *„Zukunft hat der Mensch des Friedens – Perspektiven einer christdemokratischen Friedenspolitik für unsere Zeit“* für diese Begegnung und für diesen Katholikentag vortragen wirst.

Vor wenigen Tagen haben wir den 75. Geburtstag des Grundgesetzes gefeiert und bei dieser Gelegenheit auf viele bemerkenswerte beachtliche Regelungen und Hinweise, Selbstverpflichtungen dieses erstaunlichen Verfassungstextes hingewiesen. Was eher eine unauffällige Rolle gespielt hat, ist ein schlichter Hinweis in der Präambel dieses Verfassungstextes, der unmittelbar auf das Leitwort dieses Katholikentages hinführt, nämlich die Selbstverpflichtung dieser deutschen Demokratie, „dem Frieden in der Welt zu dienen“.

Dass dies unter dem Eindruck von zwei Weltkriegen, an deren Entstehen Deutschland maßgeblich beteiligt war, ein besonderes Anliegen der Verfassungsväter und Verfassungsmütter war, leuchtet unmittelbar ein. Dass es eine bis heute und heute besonders aktuelle Selbstverpflichtung geblieben und wieder geworden ist, verdient auch im Kontext dieses Jubiläums eine besondere Erwähnung.

Wir haben, lieber Bischof Bätzing, mit besonderer Aufmerksamkeit, Sorgfalt und Respekt uns mit dem Text beschäftigt, den vor wenigen Wochen die deutschen Bischöfe vorgelegt haben: „Friede diesem Haus“, in dem es um die Aufnahme, die Wahrnehmung, den Versuch einer Antwort zu vielen Herausforderungen geht, mit denen wir heute wieder mit Blick auf Erhaltung und Schaffung von Frieden konfrontiert sind. Mir hat offen gestanden besonders imponiert, dass in diesem Text, mehr als in manchen anderen ähnlichen Verlautbarungen, an die ich mich zu erinnern glaube, die Suche nach Antworten deutlich wird oder umgekehrt formuliert: Die Zweifel an der Beherrschbarkeit des eigenen Anliegens.

Die Fragen, die sich uns stellen, liegen offen zu Tage, die Antworten sind sehr viel weniger leicht zu finden. Und als wir vorhin bei der Eröffnungsveranstaltung dieses wunderschöne Lied *Ermutigung* von Wolf Biermann gehört und gesungen haben: „*Du, lass dich nicht erschrecken/ In dieser Schreckenszeit/ Das woll'n sie doch bezwecken/ Dass wir die Waffen strecken/ Schon vor dem großen Streit.*“ – da ging es ja nicht um den Appell zur Aufrüstung, sondern es ging um den Appell, unangenehmen Fragen nicht auszuweichen, streitfähig zu sein. Streit muss sein – auch und gerade zu dieser Frage der Voraussetzungen für die Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens.

Was können wir tun, mit welchen Erfolgsaussichten, um den Frieden bei uns zu bewahren und anderswo zur Wiederherstellung des Friedens beizutragen? Nicht dass es Streit gibt, ist das Problem, sondern die Art und Weise,

wie der Streit ausgetragen wird, ist der Test auf die Debat-
tenkultur einer aufgeklärten, freiheitlichen Gesellschaft.

Sie werden mir sicher nicht verübeln, dass ich meine kur-
ze Begrüßung zu diesem Abend – zu einer Begegnung, die
auch nicht nur, aber ganz sicher auch der gemeinsamen
Auseinandersetzung um dieses Leitwort, um dieses ge-
meinsame Handeln dienen soll – mit einem Zitat von Kon-
rad Adenauer schließen möchte, dem wir ja nicht nur als
Namensgeber unserer Stiftung besonders verbunden sind.

Er hat in einer Rundfunkansprache 1956, das war nach
Wiederaufbau der Bundeswehr, nach Einführung der
Wehrpflicht, unter dem Eindruck vom Korea-Krieg und
einer natürlich nach wie vor in dieser Frage hochge-
spaltene deutschen Öffentlichkeit folgende Hinweise
formuliert: *„Eine Politik der Stärke ist, wie wir sie verste-
hen, keine Politik der Gewalt. Im Gegenteil! Durch eine ruhi-
ge, stetige und dadurch an Stärke gewinnende Politik wollen
wir dem Frieden dienen. Denn auf diesen Elementen beruht
der Friede auf der Welt, nicht auf der Schwäche. Völker, die
die Gewalt anbeten und sie vor das Recht stellen, gefährden
den Frieden zwar in erster Linie, aber schwache, unsichere, in
ihrer Politik schwankende Völker gefährden den Frieden kaum
weniger, weil sie die Gewalttätigen zur Ausübung der Gewalt
anreizen und durch ihre Schwäche ein ständiges Element der
Unsicherheit bilden.“*

Das könnte in die Herausforderungen unserer Zeit ge-
sprochen sein. Und es ist auch nicht *die* abschließende
Antwort, die es ohnehin nicht gibt, weil, wie wir gerade

„Niemand hat das Recht, seinen eigenen Pazifismus als Argument zu benutzen, um anderen Menschen den Schutz vor Gewalt zu verweigern. [...] Aber wer mit militärischen Mitteln Frieden machen will, der muss begründete Hoffnung haben, dass diese Mittel auch wirken.“

Wolfgang Huber

Früherer Bischof der Evangelischen Landeskirche

Berlin-Brandenburg und früherer Ratsvorsitzender der EKD

in der deutschen Geschichte gelernt haben, der Frieden wie die Demokratie immer wieder neu hergestellt werden müssen von allen Menschen guten Willens.

Deshalb will ich ein zweites Zitat hinzufügen. Es stammt von Wolfgang Huber, dem langjährigen Bischof der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg und früheren Ratsvorsitzenden der EKD: *„Niemand hat das Recht, seinen eigenen Pazifismus als Argument zu benutzen, um anderen Menschen den Schutz vor Gewalt zu verweigern. [...] Aber wer mit militärischen Mitteln Frieden machen will, der muss begründete Hoffnung haben, dass diese Mittel auch wirken.“*

Manchen von uns wird auch heute Abend die erste Hälfte des Zitates eher einleuchten und anderen die zweite. Aber erst zusammen beschreiben sie die Aufgabe, der wir alle uns immer wieder neu stellen müssen, wenn die Zukunft Menschen des Friedens gehören soll.

Begrüßung

Seien Sie herzlich willkommen. Ich wünsche uns allen inspirierende und ermutigende Tage bei diesem Katholikentag und freue mich jetzt auf das Grußwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz.

Grußwort

—

Bischof Dr. Georg Bätzing

Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

**Meine sehr geehrten Damen und Herren,
lieber Herr Professor Lammert,**

vielen Dank für die Einladung zum Empfang der Konrad-Adenauer-Stiftung an diesem Abend kurz nach einer wirklich wunderbaren Eröffnung dieses Katholikentages in Erfurt.

Nach Münster, Frankfurt, Stuttgart nun Erfurt. Dazwischen liegen sechs Jahre. Wenn ich an Münster denke, dann hätte ich mir nicht träumen lassen, was in diesen sechs Jahren an Herausforderungen auf uns zugekommen ist. Sowohl aus der Welt um uns herum, wenn wir an Frieden und Krieg denken, als auch in den Fragen, die uns bewegen innergesellschaftlich, die kulminieren in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus, den es in unserem Land zunehmend gibt.

Ich bin sehr dankbar, dass sich der Katholikentag in Podien, Diskussionen und in Debatten dieser Themen, die uns bewegen, annimmt. Wenn es den Katholikentag nicht gäbe, dann müssten wir ihn erfinden. Danke dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) für die Trägerschaft über eine so lange Zeit. Der 103. Katholikentag in unserem Land, das ist wirklich eine großartige Leistung.

Ich schaue in diese große Runde und sehe Politikerinnen und Politiker, denen mein besonderer Dank gilt. Sie leisten in dieser Zeit Unglaubliches. Auf Ihnen lasten die großen Fragen, die entschieden werden und die im

Parlament diskutiert werden müssen. Aber nicht nur im Parlament unseres Landes, sondern auf allen Ebenen. Die Fragen, die zu klären sind, sind keine einfachen. Danke Ihnen meine Damen und Herren für dieses Engagement.

Danke denen, die die Zivilgesellschaft gestalten, mit ihrer Stimme bereichern und in Bewegung halten.

Danke den Medienschaffenden von Presse, Funk und Fernsehen und den neuen Medien, die hier sind, und denen ihre Arbeit in diesen Zeiten auch nicht leicht gemacht wird.

„Zukunft hat der Mensch des Friedens“. Ich finde, das ist ein wunderbar passendes Leitwort für diesen 103. Katholikentag. Eben hat es Bischof Dr. Neymeyr deutlich gesagt: die Wahl wurde aus zweierlei Perspektive getroffen. Es sollte ein biblisches Wort sein, denn Erfurt ist die Stadt der Bibel und die Stadt der Übersetzung der Heiligen Schrift in unsere Muttersprache. Und zugleich sollte es ein Wort sein, das anschlussfähig ist auch für Menschen, für die Gott und die Religion kein persönlicher Horizont ist. „Zukunft hat der Mensch des Friedens.“ Psalm 37 macht den Zusammenhang für Christinnen und Christen deutlich. Er könnte ein Programm für Christinnen und Christen sein. Darin wird deutlich: unser Gott ist parteiisch.

Manchmal werde ich erstaunt gefragt, warum sich die Kirche so oft zu politischen Fragen äußert. Zu Fragen, die in der Gesellschaft diskutiert werden. Warum müssen die Bischöfe die Stimme erheben zu Fragen des Lebens,

„Der Friede liegt zunächst bei uns selbst. Wir tragen ihn durch Nächstenliebe und Respekt zu anderen. Wir sichern ihn durch eine demokratische Überzeugung, gespeist aus unserem Glauben.“

Bischof Dr. Georg Bätzing
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

zu Fragen der Wahl, zur Frage des völkischen Nationalismus, zu Fragen der Klimapolitik, des Klimawandels, der Asylpolitik, zu Fragen von Krieg und Frieden, von Waffeneinsatz oder nicht?

Weil unser Gott parteiisch ist.

Er steht auf der Seite der Gerechten, des Rechtes, der Lauteren und der Redlichen. Er wird sie in eine Zukunft führen, die gut ist. Das ist unsere innere Motivation, uns zu all diesen Fragen zu äußern. Nicht, weil wir die Politik machen. Die Politik machen Sie, aber Sie machen sie für und mit den Menschen und wir sind Teil dieser Gesellschaft. Auch wenn wir als Kirchen in den nächsten Jahren vielleicht immer ärmer und schwächer werden, möchte ich deutlich betonen: Wir wollen nicht die Frage stellen, was wird denn aus uns, sondern wir wollen immer mehr in die Frage hineinwachsen, für wen wir da sind.

Wir entdecken: Wir sind für die Menschen jeden Glaubens, aller Hautfarben, aller Nationalitäten und aller Religionen da, die in unserem Land leben und Heimat, Sicherheit und Wohlergehen suchen. Wir wollen zu diesem Wohlergehen, zu dieser Sicherheit beitragen. Beitragen, dass hier Frieden wachsen kann, der weit über unsere Grenzen hinauswirkt. Deshalb müssen wir auch die Länder im Blick behalten, in denen Unfrieden und Krieg herrschen.

Ich war in der vergangenen Woche in Kamerun. Dort hat das Bistum Limburg im Südwesten ein Partnerbistum: Kumbo. Der Bischof dieses Bistums war bei meiner Bischofsweihe 2018 in Limburg. Seitdem haben wir uns nicht mehr sehen können, weil seit dieser Zeit in diesem Land einer der *neglected wars* herrscht. Tausende Menschen sterben „unter dem Radar“ der Weltöffentlichkeit. In einem Krieg, der angezettelt worden ist durch Separatisten, aber jetzt seine eigenen Wege gefunden hat und Hunderttausende in die Flucht treibt. Wir konnten uns nicht in Kumbo treffen, sondern mussten einen dritten Ort auswählen, um zusammenzukommen, weil es dort zu gefährlich gewesen wäre. Bitte nehmen Sie auch aufmerksam das wahr, was an Kriegen und Auseinandersetzungen, an Diskriminierungen unter der Oberfläche der großen Weltöffentlichkeit und der täglichen Nachrichten herrscht. Die Menschen haben es verdient. Denn: „Zukunft hat der Mensch Friedens.“

Wenn wir also „Menschen des Friedens“ sein wollen, sollten wir bedenken: Der Friede liegt zunächst bei uns

selbst. Wir tragen ihn durch Nächstenliebe und Respekt zu anderen. Wir sichern ihn durch eine demokratische Überzeugung, gespeist aus unserem Glauben. Das ist doch ein Pfund, mit dem man wuchern kann! Das sollte unser Auftrag sein und unser Zeugnis in dieser Welt. Als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, als Christinnen und Christen. Nehmen wir diese Verantwortung wahr und zeigen wir, dass die Demokratie Zukunft hat in einer Welt von Frieden und Gerechtigkeit. Dafür steht auch dieser Katholikentag.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Grußwort

—

Dr. Irme Stetter-Karp

Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken (ZdK)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
lieber Herr Professor Lammert,
sehr geehrter Herr Bischof Bätzing, lieber Georg,
sehr geehrter Herr Merz,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass Sie alle den Weg nach Erfurt gefunden haben! Ich freue mich auf die Begegnungen und Debatten in den kommenden Tagen. Ich danke herzlich für die Gelegenheit, heute Abend mit einem kurzen Grußwort bei Ihrem Empfang sprechen zu dürfen. Ich möchte auch beginnen mit einem Dank und meiner Anerkennung für Ihre Arbeit und wenn ich in diesen Saal schaue, dann ist es eine sehr vielfältige Arbeit, nicht nur an verschiedenen Orten, sondern auch in ganz verschiedenen Formen.

„Zukunft hat der Mensch des Friedens“. Wir werden diesen Satz noch oft in den nächsten Tagen hören. „Perspektiven einer christdemokratischen Friedenspolitik für unsere Zeit“ lautet die Überschrift für den heutigen Abend, die Sie in enger Anlehnung an das Motto des Katholikentages gewählt haben.

Als wir unser Leitwort im Herbst 2022 gewählt haben – ich erinnere mich gut – war für uns damit auch die Hoffnung verbunden, dass der schreckliche Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine vielleicht schon beendet wäre, wenn wir uns hier treffen. Stattdessen müssen wir feststellen, dass die Lage für die Menschen in der Ukraine nur verzweifelter wird, dass auch die Kämpfe im

Heiligen Land kein Ende nehmen und im Kongo oder im Jemen Tausende in Kriegen sterben, die wir in Europa kaum wahrnehmen.

Als Christinnen und Christen wissen wir: Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg. Ein Frieden muss ein gerechter Frieden sein. Frieden ohne Freiheit und Demokratie ist kein gerechter Friede und dafür müssen wir uns, Christen wie Nicht-Christen, Verbände und Parteien aktiv einsetzen. Wir können nicht allein hoffen und warten, dass die Demokratie sich ohne unser Zutun irgendwie einstellen möge. Aber wir können handeln. Wir können beten. Und wir stehen dafür ein, dass Hoffnung, Versöhnung und Wandel möglich bleiben.

Wenn – wie im Fall der Ukraine oder auch von Israel – Verteidigung und Gegenwehr alternativlos sind und deutsche Solidarität nun auch Waffenlieferungen und militärische Unterstützung bedeutet, dann ist das ein notwendiger Paradigmenwechsel, aber diesen sollten wir nicht mit Triumph feiern.

Ganz persönlich muss ich dazu sagen, dass die Erkenntnis, dass „Frieden schaffen ohne Waffen“ als universale Maxime nicht mehr taugt, durchaus eine bittere Erkenntnis ist. Gerade auch für meine Generation, in der ich als junge Frau in der Abrüstungsdebatte in den 80er Jahren politisch sehr aktiv war.

Auch bei uns im ZdK ringen wir aus gutem Grund weiterhin um Positionen – denn nicht zuletzt zwischen Pax

„Ich denke, für uns Christinnen und Christen ist es unabdingbar, in der Friedenssuche wach und aufmerksam zu bleiben und um Antworten zu ringen“

Dr. Irme Stetter-Karp

Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)

Christi – zu dieser Gemeinschaft zähle ich mich bis heute – und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten gehen unsere Meinungen doch immer wieder weit auseinander. Dass sich gerade in der Kirche manche durch Glaube und Gewissen weiterhin dem Pazifismus verpflichtet fühlen, hat meinen vollen Respekt.

Ich denke, für uns Christinnen und Christen ist es unabdingbar, in der Friedenssuche wach und aufmerksam zu bleiben und um Antworten zu ringen. Ich glaube auch nicht, dass zu jedem Jahr, zu jeder Zeit genau die gleichen Antworten taugen. Auch da müssen wir wach bleiben. Und ich bin fest überzeugt, dass wir an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer stehen müssen, die nicht nur ihr Land, sondern auch unsere Demokratie und Freiheit verteidigen.

Aber, auf eine Remilitarisierung Deutschlands zu hoffen, wie manche es tun, geht an den Realitäten vorbei. Wir müssen weiter zum Frieden ertüchtigen, wir Christen müssen Frieden schaffen, selbst wenn ein Krieg nicht vermieden werden kann.

Der 103. Deutsche Katholikentag will aktiv dazu beitragen, dass Frieden möglich wird, und dass unsere Demokratie in Deutschland und ganz Europa lebendig und wehrhaft ist. Beitragen sage ich. Viel mehr können wir nicht tun.

Dazu gehört das klare Bekenntnis gegen jede Form von Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit. Katholisch und rechtsextrem, das geht niemals zusammen. Deshalb sind wir sehr froh, dass sich auch die deutschen Bischöfe sehr klar gegen die AfD ausgesprochen haben.

Es war eine entschiedene Ansage. Klartext, den wir in dieser Frage von den deutschen Bischöfen brauchten. Ich bin persönlich dafür wirklich dankbar. Wir haben uns im Sommer 2023 in nahezu identischer Weise geäußert. Dazu gehört für uns als ZdK auch, unbedingt an der Seite von Schwachen zu stehen, Armut und Ausgrenzung entgegenzuwirken und für Menschenrechte weltweit einzutreten. Deshalb möchte ich an diesem Abend auch die Gelegenheit ergreifen, vor jeder populistischen Politik zu warnen, egal, von welcher Seite, links oder rechts, rechts oder links. Vor jeder Politik, die Unfrieden schürt, die die politischen Gegner diffamiert, die sich gegen Geflüchtete richtet oder gegen arme Menschen hetzt.

Angesichts der kommenden Wahl in Europa und in den Ländern und Kommunen können wir uns einem Rechtsruck nur effektiv entgegenstellen, wenn wir glaubwürdig und auch mit der nötigen Zuversicht als Kirche bei den Menschen und ihren Nöten bleiben. Da geht es uns nicht anders als der Politik. Als Christen entscheiden wir uns daher bewusst dafür, mit denen ins Gespräch zu gehen, die nicht einer Meinung mit uns sind. Auch oder gerade anlässlich von Krieg und gesellschaftlichem Unfrieden wollen wir zeigen, dass wir miteinander reden und streiten können, ohne uns daran dauerhaft zu entzweien. Denn das ist es, was gegen Misstrauen, Angst und Hass wirken kann.

Das gilt auch und gerade dann, wenn es um die großen und letzten Fragen geht, am Beginn und am Ende des Lebens. Lasst uns gerne streiten und abwägen, statt sich in alten oder auch neuen Grabenkämpfen gegenseitig die Würde streitig zu machen, die uns doch allen gleichermaßen verliehen ist. Und auch, wenn man tatsächlich manchmal so gar nicht einer Meinung ist, können wir miteinander reden und – wie dieser Empfang heute Abend zeigt – auch miteinander feiern.

Ich freue mich auf die Gespräche mit ihnen, bedanke mich, dass ich da sein kann und wünsche ihnen gute Begegnungen, und einen anregenden, friedensvollen und friedlichen Katholikentag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Impuls

—

Friedrich Merz MdB

Vorsitzender der CDU Deutschlands und
der CDU/CSU Bundestagsfraktion

Einführung

Herzlichen Dank, lieber Norbert Lammert, für die Ausrichtung dieses Empfangs und die Einladung, heute hier zu sprechen.

Es freut mich auch sehr, dass Sie, Herr Bischof Bätzing und Frau Dr. Stetter-Karp gekommen sind und an uns ein Grußwort gerichtet haben.

Ich freue mich, auch Sie, Frau Bischöfin Fehrs, begrüßen zu dürfen.

Gerne will ich der Bitte von Norbert Lammert folgen und meine Gedanken mit Ihnen teilen zu einem Thema, das viele von uns bewegt: Wie lässt uns die christdemokratische Perspektive heute auf Friedenspolitik, auf Frieden blicken? Frieden zu schaffen und Frieden zu sichern – und zwar einen Frieden, der mehr ist als die Abwesenheit von physischer Gewalt; einen Frieden, der bedeutet, dass Menschen gemeinsam in Freiheit leben können: Das ist das oberste Ziel. Das ist der Fluchtpunkt jeder Politik, die die Würde des Menschen ins Zentrum stellt. Und das ist das Ziel insbesondere der Christdemokratie, die entstanden ist aus Krieg und Gewaltherrschaft, in der die Würde des Menschen so systematisch und so gewaltvoll negiert und verletzt worden ist, dass sich kaum Worte dafür finden lassen.

Dieser anspruchsvolle Friedensbegriff – **Frieden in Freiheit** – verpflichtet uns als Christdemokratie. Er lenkt unsere Außenpolitik genauso wie unsere Innenpolitik.

Friedenssicherung in der Welt, zwischen den Nationen.
Die Bewahrung des gesellschaftlichen Friedens.

Diese Trennung ist eine analytische Trennung: Beides hängt natürlich zusammen, und das in wachsendem Maße: Es gibt in dieser modernen, globalisierten Welt immer mehr Wechselwirkungen zwischen den Politikfeldern.

Die gewaltsamen Konflikte unserer Gegenwart haben komplexe Ursachen. Die Bedrohung unseres Friedens in Freiheit in Europa und in Deutschland hat komplexe Ursachen. Begriffe wie „Polykrise“ versuchen das auszudrücken: Diese Erfahrung der Komplexität.

Sie, die deutschen Bischöfe der Katholischen Kirche, haben in diesem Jahr ein neues Friedenswort vorgestellt, in dem Sie genau das auch zum Thema machen: Sie schreiben dort, es brauche in diesen Zeiten einen „umfassenden Sicherheitsbegriff ..., der auch ökonomische, ökologische, kommunikative, soziale und kulturelle Dimensionen der Sicherheit und des Friedens mit einbezieht“.

Genau so ist es und genau deshalb ist in unserem neuen Grundsatzprogramm, dem vierten in der Geschichte unserer Partei, dieser umfassende, erweiterte Sicherheitsbegriff ganz zentral. Er ist, wenn man so will, unser zentrales Instrument, um unsere politische Arbeit auszurichten an dem Ziel von Frieden in Freiheit.

Dieses neue Grundsatzprogramm ist genauso wie ihr Friedenswort nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine entstanden, von dem mit vollem Recht als „Epochenbruch“ gesprochen wird. Der 24. Februar 2022 markiert das Ende einer Epoche, in der viele von uns der festen Überzeugung waren, Krieg in Europa wäre eine Sache der Vergangenheit. „Zeitenwende“ ist ein anderer Begriff für diese Erschütterung. Neue Zeit – das heißt auch, wir mussten und müssen uns viele Fragen neu stellen. Darunter und zuvorderst die Frage: Was heißt Friedenssicherung in Europa?

In Ihrem Friedenswort schreiben Sie von den zwei Grundformen der Auseinandersetzung mit militärischer Gewalt in der christlichen Tradition:

Vom „Pazifismus“ und von der „kritisch-konditionierten Gewaltlegitimation mit der Intention, Gewalt zu beherrschen und zu minimieren“.

Ich bin katholischer Christ und fühle mich als Christ der Gewaltfreiheit verpflichtet.

Aber für einen Staat ist bedingungsloser Pazifismus und Gewaltlosigkeit keine verantwortungsvolle Position. Denn in der Welt ist Gewalt Realität und Realität sind Versuche, mit Gewalt die Friedensprojekte und die Freiheitsprojekte zu zerstören, die zum Glück genauso Realität sind, und die uns an das Gute im Menschen glauben lassen können.

Was bedeutet das nun konkret für die christdemokratische Friedensstrategie heute – und „heute“, das heißt natürlich ganz besonders: mit Blick auf Russland?

Als erstes: Christdemokratische Politik orientiert sich an der Würde des Menschen und wird sich die Entscheidung in Fragen von Krieg und Frieden nie leicht machen. Und wird jede Entscheidung treffen im Wissen um die Schuld, die mit jeder dieser Entscheidungen einhergeht.

Aber genauso gilt: Wir dürfen nicht naiv sein. Friedfertigkeit allein oder gar Beschwichtigungspolitik sind der falsche Ansatz gegenüber einem Regime, das auf militärische Eroberungen aus ist, das nachweislich imperiale Ideen über Menschenleben und Menschenwürde stellt.

Das ist auch eine Lehre aus der Geschichte. 1938 hat sich Großbritannien auf der Münchener Konferenz entschieden, der demokratischen Tschechoslowakei nicht gegen Hitler beizustehen. Neville Chamberlain, der damalige britische Premierminister, steht seitdem geradezu für „Appeasement“-Politik.

Sie hat nicht den Frieden gesichert, wie Chamberlain es sich erhofft hatte. Elf Monate später begann der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall des nationalsozialistischen Deutschlands auf Polen.

Unsere Überzeugung in der CDU und meine persönlich ist, dass ein Russland, das einen verbrecherischen Angriffskrieg führt und die europäische Friedensordnung

„Christdemokratische Politik orientiert sich an der Würde des Menschen und wird sich die Entscheidung in Fragen von Krieg und Frieden nie leicht machen.“

Friedrich Merz MdB

und die Integrität souveräner Nationen gewaltsam infrage stellt, kein Partner für Deutschland sein kann. Solange Russland nicht das Existenzrecht seiner Nachbarstaaten uneingeschränkt akzeptiert, müssen wir europäische Sicherheit gegen Russland organisieren.

Und dazu gehört auch die umfassende Unterstützung der Ukraine bei ihrem Kampf für ihre Freiheit und territoriale Integrität. Und auch bei ihrem Weg zur Mitgliedschaft in der EU und der NATO.

Als christdemokratische Partei ist die EU für uns ein Friedens- und Freiheitsprojekt, das wir wachsen sehen wollen. Und wir sehen, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer mit einer Tapferkeit, die ihresgleichen sucht, für die europäischen Werte kämpfen und damit für eine Politik, die Menschenwürde, Freiheit und Frieden als Fluchtpunkt hat.

Der zweite Krieg, der uns alle in diesen Tagen sehr bewegt, ist der Konflikt im Nahen Osten. Deutschland ist mit Israel, als Staat der Jüdinnen und Juden, in besonderer Weise verbunden. Und es gilt für uns in besonderer Weise immer wieder zu betonen: Israels Existenzrecht und die Sicherheit der israelischen Bürgerinnen und Bürger sind nicht verhandelbar. Israels Bevölkerung hat ein Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt zu leben. Und darum hat der israelische Staat nach dem 7. Oktober – dem größten Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoah – nicht nur das völkerrechtlich verbriefte Recht, sondern als Staat sogar die Pflicht, seine Bürgerinnen und Bürger vor der Terrororganisation Hamas zu schützen. Dieses Recht muss natürlich im Rahmen der im internationalen Recht festgelegten Regeln ausgeübt werden. Die Shoa verpflichtet gerade uns Deutsche zur Solidarität mit den Jüdinnen und Juden, mit Israel. Aber sie verpflichtet uns auch zu einer Politik, die die Menschenwürde in das Zentrum stellt. Und darum bedeutet christdemokratische Friedenspolitik auch, mitzuwirken an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten.

Zur christdemokratischen Friedenspolitik gehört es zwingend auch – und das ist schon angeklungen – an dem größten Freiheit-, Friedens und Versöhnungsprojekt der europäischen Geschichte zu arbeiten, und das heißt: am geeinten Europa zu arbeiten. Und dazu gehört in dieser Zeit der großen machtpolitischen Umbrüche auch und gerade die Vorsorge für die Verteidigungs- und Wehrfähigkeit Europas. Wenn wir uns ehrlich machen,

müssen wir eingestehen: Wir haben diese Aufgabe in der Vergangenheit vernachlässigt. Und wenn es uns Ernst ist mit Europa, müssen wir hier nacharbeiten. Dieses Vorhaben ist in unserer Europapolitik zentral. Es geht darum, unsere gemeinsame Sicherheit zu gewährleisten.

Und ich möchte in diesem Zusammenhang dafür plädieren, diese einfache Dichotomie von „Werten“ und „Interessen“, von „wertegeleiteter“ und „interessengeleiteter“ Außenpolitik aufzulösen.

Ganz selbstverständlich sind die deutschen und sind die europäischen Interessen durchdrungen von dem jüdisch- christlichen Wertefundament, auf dem die Bundesrepublik und auf dem Europa errichtet worden ist.

Die Menschenrechte sind für uns als Christdemokraten unverhandelbar – sie sind die Voraussetzung jeder politischen Entscheidung.

Und selbstverständlich bedeutet Friedenspolitik aus christdemokratischer Perspektive, sich für den Schutz dieser Menschenrechte weltweit einzusetzen, für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern, religiösen und ethnischen Minderheiten und marginalisierten Gruppen, für das Recht auf Religionsfreiheit. Für verfolgte Christen.

Und Friedenspolitik bedeutet für uns außerdem, beizutragen zur Linderung der Not gerade in den ärmsten Ländern der Welt. Auch dazu verpflichtet das „C“, unsere christliche Überzeugung, von der gleichen Würde aller

Menschen. Wir finden uns nicht damit ab, dass weltweit jeder zehnte Mensch unter Hunger und bitterer Armut leidet.

Und das heißt praktisch: Wir bekämpfen die Ursachen, zu denen in wachsendem Maße auch und gerade die Klimakrise gehört. Das Stichwort der ökologischen Sicherheit fiel eben schon.

Christdemokratische Friedenspolitik ist auch Politik in Verantwortung für die Schöpfung, zu der wir Menschen als Geschöpfe gehören.

Und mit der Klimapolitik sind wir schon mitten in der Verflechtung von Außenpolitik und Innenpolitik. Lassen Sie mich den Blick direkt auf die innergesellschaftliche Situation in Deutschland richten. Auf Friedenspolitik, die nach gesellschaftlichem Frieden fragt.

Unser Projekt, der auf die Menschenwürde ausgerichteten freiheitlichen Demokratie, steht nicht nur von außen unter Druck, sondern auch von innen. Auch ideell, wenn man so will, leben wir in Umbruchszeiten.

Die liberale Demokratie hat an Strahlkraft eingebüßt.

Diese neue Realität wird auch im „Friedenswort“ der Bischöfe thematisiert. Und diese neue Realität treibt auch uns als CDU um, und wir haben in unserem neuen Grundsatzzprogramm darauf Antworten zu geben versucht.

„Die Menschenrechte sind für uns als Christdemokraten unverhandelbar – sie sind die Voraussetzung jeder politischen Entscheidung“

Friedrich Merz MdB

Und der Ausgangspunkt dabei war für uns die Besinnung auf das „C“.

Nach den Grauen des Nationalsozialismus entstand die CDU bekanntlich als ökumenische Bewegung. Sie war getragen vom christlichen Menschenbild als Grundlage für unsere Politik. Das „C“ war und ist die einigende Klammer für unsere unterschiedlichen Strömungen in der Union.

Das „C“ ist eine universelle Botschaft. Es spricht dem einzelnen Menschen Einzigartigkeit und Wert in dieser Einzigartigkeit zu. Und dieses „C“ ist das Fundament der Christdemokratie und zugleich die Brille, durch die wir auf Gesellschaft und Politik blicken. Nicht die Klassenzugehörigkeit, nicht die ethnische Zugehörigkeit, nicht die Religionszugehörigkeit ist es, die für uns Christdemokratinnen und Christdemokraten den Menschen wertvoll macht.

Sondern ohne weitere Qualifizierung ist der Mensch für uns wertvoll und steht als solcher im Zentrum unserer Politik.

„Freiheit“ verstehen wir immer als „Freiheit in Verantwortung“ – vor Gott und vor den Menschen. Und wir wissen, dass diese Freiheit in Verantwortung uns immer auch schuldig lassen wird. Das bewahrt uns vor Selbstgerechtigkeit. Das hält uns an zur Demut und zur Barmherzigkeit. Die Bischöfe schreiben in Ihrem Geleitwort:

„Anders als uns Moralisten und Populisten glauben machen wollen, ergibt sich...in aller Regel kein einfaches Schwarz-Weiß-Bild“, wo moralische Entscheidungen getroffen werden müssen. Dieses Bewusstsein für die tragische Dimension der menschlichen Freiheit teilen wir als Christdemokraten.

Wenn wir nun die konkreten Herausforderungen unseres gesellschaftlichen Friedens in Deutschland betrachten, so ist eine der größten und augenscheinlichsten der Rechtspopulismus.

Rechtspopulisten verbünden sich mit unseren Herausforderern und Gegnern von außen, um unsere freiheitliche Ordnung und unsere Demokratie verächtlich zu machen und von innen heraus zu zerstören.

Aber wir können auch jenseits vom Rechtspopulismus sehen, dass Denkströmungen an Zulauf gewinnen, die unsere Verfassung und unsere Demokratie anzweifeln.

Ihnen entgegenzutreten – das ist Bestandteil christdemokratischer Friedenspolitik. Und dieses „Entgegentreten“ kann und muss verschiedene Dimensionen haben:

Von rechtstaatlichen Mitteln bis zur Suche nach den Ursachen dafür, dass anti-demokratisches, anti-freiheitliches Denken in wachsendem Maß an Zustimmung erfährt.

Uns leitet am Ende die Überzeugung, dass gute Politik, Politik für die Menschen, das beste Mittel ist gegen die Versuchung spaltender und menschenfeindlicher Rhetorik.

Ein Politikbereich, der ganz massiv von Rechtspopulisten genutzt wird, um Angst, Misstrauen und Hass zu schüren, ist die Migrationspolitik.

Deutschland ist heute ein Einwanderungsland. Das ist auch gut so, denn das ist das Ergebnis unserer gelebten Freiheit in einer global zusammenwachsenden Welt. Aber es ist in Teilen auch, das kann man nicht verschweigen, das traurige Ergebnis von Krieg und Verfolgung in der Welt. So liegt Deutschland bei der Aufnahme von Geflüchteten weltweit unter den Top-Aufnahmeländern.

Die Integration der zu uns kommenden Menschen, ob über den Asylweg oder zu Erwerbszwecken, liegt uns ganz besonders am Herzen.

Wir müssen festhalten, dass Deutschland dafür aber lange kein wirkliches Konzept hatte. Zu oft haben wir uns mit einem Nebeneinander der unterschiedlichen

Gruppen einfach arrangiert. Manche haben das dann schillernd „Multikulturalismus“ genannt.

Aber die Gretchenfrage wurde viel zu lange gar nicht gestellt: Wie gehen wir damit um, wenn in Gemeinschaften die Autonomie und Freiheitsrechte eines Individuums verletzt werden, im Namen der kulturellen Rechte und Selbstbestimmung dieser Gemeinschaft? Oder was tun wir, wenn internationale Konflikte stellvertretend bei uns Eingang finden oder in unseren Schulen oder auf unseren Straßen ausgetragen werden?

In Deutschland haben sich die verschiedenen politischen Kräfte, inklusive wir als CDU, grundlegende Fragen – nach dem Kern von Integration – viel zu wenig gestellt.

Ich persönlich glaube, dass sich dieses Versäumnis aus dem Zeitgeist erklären lässt. Zu sehr waren wir von der Idee vom „Ende der Geschichte“ beseelt. Wir gingen davon aus, das Modell der liberalen Demokratie würde sich quasi automatisch in den nächsten Jahrzehnten weltweit durchsetzen. Verletzungen der Autonomie und Rechte des Individuums im vermeintlichen Namen von Kulturen wären damit bald passé. Und zwischenstaatliche gewaltsame Konflikte würden deutlich zurückgehen. Denn aus der Forschung wissen wir, dass Demokratien untereinander weniger Kriege führen.

Geht man von einer solchen Entwicklung aus, muss für ein gutes Zusammenleben in einer ethnisch, kulturell und religiös vielfältigen Gesellschaft ja auch nicht viel

„Es gibt keinen Automatismus hin zu Freiheit und Frieden. Wir müssen die Fundamente unserer freiheitlichen Gesellschaft pflegen.“

Friedrich Merz MdB

getan werden. Der gesellschaftliche Friede kommt ja quasi von selbst.

Aber: Es kam anders. Wir sehen, dass internationale Konflikte sich mehren, dass imperialistische Ideen Zuspund finden, dass autoritäre Vorstellungen von Politik wieder an Zulauf gewinnen. Wie sehen, dass die Strahlkraft der liberalen Demokratie auch innerhalb Europas und innerhalb unserer Gesellschaft schwindet. Es gibt keinen Automatismus hin zu Freiheit und Frieden. Wir müssen die Fundamente unserer freiheitlichen Gesellschaft pflegen. Und Teil dieser Pflegearbeit ist für uns als CDU die Arbeit an dem, was uns kulturell verbindet.

Wir haben das in unserem Grundsatzprogramm „Leitkultur“ genannt. Ein Begriff, den auch Bassam Tibi prägte.

Die „Leitkultur“ ist für uns eine Einladung, für die, die zu uns kommen. Sie umfasst unsere Alltagskultur, die

unser aller Miteinander mit Leben füllt. Sie enthält aber auch Unverhandelbares: Allen voran unsere freiheitliche-demokratische Ordnung, die Menschenwürde, die sich für uns aus dem christlichen Menschenbild ableitet

Und die Verantwortung für unsere Geschichte und mit ihr für das dunkelste Kapitel: den Nationalsozialismus.

Sehr geehrte Damen und Herren, die wachsenden Übergriffe auf Jüdinnen und Juden in unserem Land seit dem 7. Oktober 2023 bestürzen mich und die CDU zutiefst.

Wir wenden uns mit ganzer Kraft gegen jede Form von Antisemitismus – egal woher er kommt, ob von Rechtsaußen, von Linksaußen oder von islamistischen Milieus.

Die Bekämpfung des Antisemitismus darf weder ausschließlich in die Hände des Staates gelegt werden noch allein den Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland obliegen. Es ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.

Politische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen – insbesondere in Wissenschaft, Medien, Kunst und Kultur – müssen klarstellen, dass es in ihren Reihen keinen Raum für antisemitische Ansichten gibt. Das ist für uns unverhandelbare Verpflichtung eines jeden.

Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass ich der Deutschen Bischofskonferenz sehr dankbar bin für ihre Erklärung gegen völkischen Nationalismus. Auch dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken möchte ich dafür danken,

dass sie sich diesem Papier anschließen und sich damit so klar auch gegen den Antisemitismus positionieren.

Eine Sache hat mich beim Lesen des „Friedenswortes“ der Bischöfe in besonderer Weise zum Nachdenken gebracht. Ein ganzes Kapitel wird der wachsenden Bedeutung und Brisanz kultureller, religiöser und ethnischer Identitäten für das Zusammenleben gewidmet.

Die Bischöfe beschreiben die Vielschichtigkeit des Phänomens identitärer Bewegungen eindrücklich.

Indem diese Bewegungen für die Rechte von beispielsweise kulturellen, religiösen oder ethnischen Gruppen eintreten, können sie inklusiven und emanzipativen Charakter entfalten und einen positiven und wertvollen Beitrag für gesellschaftlichen Frieden leisten.

Aber, so schreiben es die Bischöfe, können solche Bewegungen auch einen exklusiven Charakter entwickeln und auf Ausgrenzung abzielen. Und zwar dann, wenn sie beginnen, die Gesellschaft rigoros in „Wir“ und die „Anderen“ aufzuteilen, was friedensethisch höchst problematische Effekte nach sich ziehen kann.

Eindrücklich legt das „Friedenswort“ mit einer langen Liste internationaler Beispiele dar, wie solche Entwicklungen schlimmstenfalls in gewaltsamen Konflikten endeten, in Sri Lanka, Myanmar oder Syrien, um nur wenige Beispiele zu nennen.

Bei der Lektüre hat sich mir eine Frage geradezu aufge-
drängt: Wenn kulturelle, religiöse, ethnische Identitäten
zu bestimmten Zeitpunkten in der Geschichte zu Kon-
fliktträgern werden können, wie können wir uns dann
in einer vielfältigen Gesellschaft, die wir sind und sein
wollen, dagegen immunisieren? Und stattdessen dafür
sorgen, dass Identitäten ihr Friedenspotenzial entfalten?

Eine inspirierende Antwort liefert das „Friedenswort“
gleich mit. Mit dem Satz: „Wir sind davon überzeugt,
dass das friedliche und gerechte Zusammenleben der
Menschheitsfamilie davon abhängt, die Pluralität der
Identitäten anzuerkennen, ohne sie zu verabsolutieren.
So können sie ihr Friedenspotenzial entwickeln.“

Dem, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich mich
mit Nachdruck anschließen. Dies ist meiner Meinung
nach eine Richtschnur, wie Frieden in Vielfalt gelebt
werden kann.

Es erinnert mich an den Nobelpreisträger Amartya Sen,
der davor warnt, einen einzelnen Aspekt der so facet-
tenreichen und komplexen Identität eines Menschen zu
verabsolutieren. Aus seiner Kindheitserinnerung heraus
schreibt er, wie eine solche Verabsolutierung Anfangs-
punkt von Konflikt und Gewalt war.

Ist es nicht integraler Bestandteil unseres christlichen
Menschenbilds, die Einzigartigkeit und Facettenvielfalt
der menschlichen Identität stets vor Augen zu haben,
und uns immer davor zu hüten, eine einzelne Facette

dieser Identität – welche immer es auch sein möge – zu überhöhen oder absolut zu setzen. Gegen solche Versuche müssen wir uns vehement stellen!

Dies sage ich auch ganz explizit in Richtung der rechtsidentitären Bewegungen, die derzeit im Westen wachsen.

Als Christ, als Katholik, glaube ich an die Wahrheit von Hebräer 13, 14: „Denn auf dieser Erde gibt es keine Stadt, in der wir für immer zu Hause sein können. Sehnsüchtig warten wir auf die Stadt, die im Himmel für uns erbaut ist.“ Oder, in der Übersetzung der Lutherbibel, die sprachlich ein bisschen schöner ist: „Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir.“

Wir haben hier keine bleibende Stadt. Es wird keinen ewigen Frieden in dieser Welt, in der wir leben, geben. Aber als Politiker und als Vorsitzender der Partei mit „C“ im Namen verstehe ich es als meine Aufgabe, an dem hier und jetzt, an unserem irdischen Zuhause so zu arbeiten, dass wir hier gemeinsam immer wieder erfahren können, was Frieden und Freiheit heißt.

Genau das bedeutet es nämlich im Kern, eine gute Zukunft zu gestalten, „sicher in die Zukunft zu führen“, um an dieser Stelle den Untertitel unseres neuen Grundsatprogramms zu zitieren.

Und der Austausch mit den Gläubigen und der Dialog mit den Kirchen gehört für mich zu so einer Politik essentiell dazu und er gehört für die CDU dazu.

Sehr geehrte Damen und Herren, als Christinnen und Christen glauben wir „an die Sprengkraft gelebter Hoffnung“, die das Christentum entfalten kann. Diese Hoffnung ist es für mich, die den „Mensch des Friedens“ auszeichnet, um auf das Leitwort des Katholikentages einzugehen.

Und diese Hoffnung ist es, die wir auch in der Politik in diesen Zeiten brauchen, um unsere Zukunft gemeinsam in die Hand zu nehmen, um Freiheit und Frieden auch in Zukunft zu stiften und zu stärken.

Kontakt

Patricia Ehret

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3784

patricia.ehret@kas.de

Es gilt das gesprochene Wort.

Impressum

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2024, Berlin

Gestaltung und Satz: KALUZA+SCHMID Studio GmbH, Berlin

Druck: copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der
Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-237-0

